



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Trautmann: Der Völkerbund. III.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

uns das erste Wort bei dieser Neuorientierung des europäischen Ostens gelassen wird, das uns der Schiedspruch unseres guten Schwertes gegeben hat, das wird erst auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Flanderns und der Champagne oder zur See endgültig entschieden werden. Man liebt uns gewiß nicht in Rußland, das ist auch einstweilen nicht nötig, aber ganz Rußland ist voll einer ungeheuren Bewunderung vor unseren Leistungen. Diese Achtung, die beim Slawen die entscheidende Regung ist, diesen großen Respekt brauchen wir. Wir gewinnen ihn durch Festigkeit, wir verscherzen ihn durch Nachgiebigkeit. Das Hervorkehren der Angst vor einer russischen Revanche ist in diesem Betracht für unsere zukünftige Stellung in Osteuropa verhängnisvoll. Jedes Zurückweichen saßt der Slawe lediglich als Schwäche auf. Daraus folgt das Gebot für die östliche Politik, nie den Bogen so weit zu überspannen, daß Rückzieher unvermeidlich werden. Insbesondere gilt dies für Eingriffe in die inneren Fragen des eigentlichen Rußland, das erst jenseits des Baltentandes, Litauens und Polens beginnt. Dieser Gürtel, für uns der nahe Osten, gehört zu Mitteleuropa. Darüber dürfen diese Völker, darf Rußland, darf die Welt keinen Zweifel behalten. Das ist die eine Forderung der östlichen Neuorientierung. Die andere lautet, daß wir dem mittleren Osten, dem Kern des einstigen russischen Reiches, bei seiner staatlichen Verfestigung soweit behilflich sein wollen, daß wir dort nicht als Diktatoren, sondern als wohlwollender Nachbar mit starken gemeinschaftlichen Wirtschaftsinteressen empfunden werden. Wie weit sich auf dies Programm auch noch eine Neuorientierung unseres Verhältnisses zum fernen Osten bauen läßt, wird der weitere Verlauf des Krieges zeigen. Auch diese Probleme drängen zur Lösung und sind des eindringlichsten Studiums der berufenen politischen Führer unseres Volkes wert. Für heute fallen sie aus dem Rahmen dieser Betrachtung, die das Programm der östlichen Neuorientierung von den Schlacken zu reinigen suchte, die ihm aus Sentimentalität und Verkennung der russischen Mentalität bei uns in weiten Kreisen noch immer anhaften.



Der Völkerbund

Von Dr. Trautmann

III. *)



ie Haltung der Neutralen zu der Völkerbunds-idee ist nicht ohne Wichtigkeit. In den Parlamenten der Schweiz und in Holland haben bereits Diskussionen der Idee stattgefunden. In der Schweiz hat sich der Bundespräsident Calonder am 6. Juni im Nationalrat über die Frage des Völkerbundes ausgesprochen. Seine Ausführungen, die von hohem politischen Verständnis zeugen, verdienen aus mehr als einem Gesichtspunkt großes Interesse. Ich möchte die wichtigsten Stellen hier wiedergeben:

„Trotz allen Hoffnungen, mit denen wir der Entwicklung dieses großen Gedankens entgegenblicken, dürfen und wollen wir den Boden der Wirklichkeit in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft keinen Augenblick verlassen. Wir alle stimmen darin überein, so nehme ich an, daß die Schweiz nicht unter allen Umständen sich einem Völkerbund oder einer anders benannten neuen internationalen Organisation anschließen soll, sondern nur dann, wenn dabei der Fortbestand unserer nationalen Eigenart und Selbständigkeit und unsere Gleich-

*) Vgl. Heft 34 vom 23. August 1918.

berechtigung in genügender Weise gewährleistet sind. Die nationale Eigenart der Völker ist und bleibt die Grundlage fortschrittlicher Entwicklung. Unser Menschheitsideal ist ein durchaus föderatives und nicht ein kosmopolitisches."

"Die Notwendigkeit einer Neugestaltung der internationalen Beziehungen wurde, wie schon betont, von den leitenden Staatsmännern der meisten kriegsführenden Staaten beider Lager und auch von hervorragenden Staatsmännern neutraler Staaten anerkannt und betont. Man weiß auch, daß in verschiedenen Staaten bereits Kommissionen mit dem Studium dieser Fragen betraut worden sind. Wir sind also nicht die ersten, welche solche Beschlüsse fassen. Bestimmte Vorschläge von amtlicher Seite liegen bis heute nicht vor. Das ist wohl selbstverständlich; denn es handelt sich hier um außerordentlich schwierige Fragen, mit denen die Politiker und die Diplomaten bisher sich meist nicht mehr intensiv befaßt haben. Dagegen ist eine große Arbeit geleistet worden von privaten Gelehrten und von Männern aus allen Schichten der Völker, die sich mit diesem Gedanken befaßt haben. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß nicht nur die Studien der zünftigen Juristen und zünftigen Politiker in Frage kommen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn man nicht auch die zahlreichen und zum Teil gedankenreichen Abhandlungen aus Laienkreisen berücksichtigen würde. Gewiß finden sich in dieser Literatur sehr viele und zum Teil auffallende Entgleisungen. Aber daneben enthalten diese Äußerungen aus privaten Kreisen wertvolle Anregungen, an denen man nicht ohne weiteres vorbeigehen darf."

"Ist die Friedenssicherung, d. h. die Versicherung eines Ausartens internationaler Gegensätze zu gefährlichen Konflikten die Hauptaufgabe, so ist darüber doch der Ausbau der zwischenstaatlichen Rechtsordnung im allgemeinen nicht zu vernachlässigen. Das im Haag begonnene Werk muß planmäßig ausgebaut werden. Und da möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß es nichts nützt, ja daß es nur Schaden kann, wenn Scheingebilde allgemein verbindlicher Verträge, welche keine Rücksicht nehmen auf das Mögliche und auf die gegebenen natürlichen Verhältnisse, abgeschlossen werden. Die Erfahrung lehrt ja, daß sie doch nicht gehalten werden. Die Völker sind in ihrer Eigenart, in ihrer Entwicklung und in ihren Bedürfnissen zu verschieden, als daß man ihnen ohne zwingende Notwendigkeit eine äußere Einheitlichkeit aufdrängen dürfte. Nicht äußere Einheitlichkeit, sondern Sicherung der friedlichen auf Arbeit und nicht auf Ausnützung politischer Vorteile sich gründenden Entwicklung jedes Volkes muß das Lösungswort sein. In dieser Hinsicht kann es zweckmäßig sein, gewisse Grundrechte der Staaten zu sichern; ich denke dabei z. B. an die Sicherung der Zugänge zu und von dem großen Verkehrsweg des Meeres."

"Eines darf man nicht vergessen: den Zusammenhang von innerer und äußerer Politik. Wie die kriegerischen Ereignisse störend und hemmend in die innerstaatliche soziale Entwicklung eingreifen, so kann auch nicht erwartet werden, daß unter den Staaten Friede dauernd bestehe, wenn unter den verschiedenen Gliedern und Klassen der einzelnen Völker ein rücksichtsloser Kampf um Gewinn und Übermacht herrscht. Diese Erkenntnis sollte die künftige nationale und internationale Politik beherrschen."

Der bekannte Völkerrechtslehrer Professor Huber, der auf der zweiten Haager Friedenskonferenz Vertreter der Schweiz gewesen ist, ist vom Schweizer Nationalrat beauftragt worden, einen Rapport über die Frage zu erstatten.

In Holland hat ebenfalls eine Diskussion im Senat über das Thema des Völkerbundes stattgefunden. Zwei Äußerungen, die ich nach der „Humanité“ vom 13. Juni wiedergebe, scheinen daraus bedeutungsvoll, diejenige des Senators Colijn und diejenige des Ministers Cort van der Linden. Die letzte bezieht aus weiter nichts als aus einer Wiederholung der Grey'schen Ausführungen, die erste verdient jedoch die größte Beachtung.

Um zu entscheiden, ob ein Völkerbund wünschenswert wäre, sagt Colijn, wäre es nötig, dieses Luftschloß besser zu kennen. Der Beitritt eines kleinen Staates zu einer allgemeinen Staatengesellschaft hat den Nachteil, daß, wenn

wirklich später von neuem Differenzen zwischen den Großmächten auftauchen könnten, die kleinen Staaten von vornherein auf das Recht verzichtet hätten, neutral zu bleiben. Über diesen Punkt sollten alle kleinen Staaten nachdenken. Andererseits müßte man genau wissen, was der durch den Völkerbund garantierte Friede bedeutet. Wenn es sich „darum handelt, den Sieg einer Partei zu garantieren und ihn durch den Völkerbund sicherzustellen, würde es mir doppelt gefährlich erscheinen, daran teilzunehmen“.

Die „Humanité“, die wohl die vollkommeneichtigkeit dieses Satzes einsieht, hilft sich durch eine Phrase darüber hinweg. Es könne sich natürlich nicht um einen Gewaltfrieden handeln, denn es wäre ein Verbrechen, wenn sich die Nationen zusammenschließen wollten, um ihn zu garantieren. Nur einen Frieden könne der Völkerbund garantieren, den Frieden der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Freiheit (d. h. also wahrscheinlich den französischen Frieden mit Elsaß-Lothringen!). Die „Humanité“ verweist den Klügerungen Colijns gegenüber auf die von Cort van der Linden.

„Der Völkerbund kann, wenn er etwas bedeuten soll, nicht auf der Macht der Waffen, sondern nur auf der Überzeugung des Rechtes aller Teilnehmer beruhen. Ohne Zweifel müssen alle, die in ihn eintreten, Opfer darbringen, sogar Opfer, die die Souveränität betreffen, aber ich bin überzeugt, daß, wenn der Völkerbund zusammenträte, es die Mühe lohnen würde, diesem Opfer zuzustimmen... Ich wage zu behaupten, daß es ein Segen für die ganze Menschheit wäre, wenn der Völkerbund ins Leben treten würde.“

Neue Gesichtspunkte geben diese Ausführungen nicht.

IV.

Was sind nun bisher für materielle Vorschläge für die Völkerbundidee gemacht worden? Grey sagt darüber folgendes:

1. die stärkeren Nationen müssen das Recht aufgeben, ihre Interessen gegen die schwächeren Nationen durch Gewalt zur Geltung zu bringen;
2. alle Nationen müssen das Recht aufgeben, in irgendeinem Streit an die Gewalt zu appellieren, bevor andere Methoden und zwar Erledigung durch Konferenz, Einigung oder, wenn nötig, durch Schiedsgericht versucht worden sind;
3. wenn eine Nation, ohne vorher zu diesen Mitteln zu greifen, alle friedlichen Methoden verwirft und zur Gewalt greift, dann müssen die anderen Nationen einer für alle und alle für einen ihre gemeinsame Macht gegen die betreffende Nation anwenden;
4. dabei ist wirtschaftliche Machtanwendung möglich und vielleicht wirksam, es muß aber darüber hinausgegangen werden und jede Gewalt: wirtschaftliche, militärische, Seegewalt gegen die betreffende Macht angewandt werden.

Man darf wohl annehmen, daß dieses Schema ungefähr mit dem Wilsonschen identisch ist.

Von anderer, nicht von Regierungsseite sind dazu noch folgende Forderungen aufgestellt worden:

5. Beschränkung der Rüstungen;
6. Einwirkung auf die Rüstungsindustrie (vgl. die Barnes'schen Ausführungen).

Es ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, in eine Kritik dieser Postulate vom deutschen Standpunkte einzutreten. Die Prinzipien, um die es sich handelt, sind zwar keineswegs neu. Im Gegenteil, das, was Grey sagt, enthält nicht einen einzigen neuen Gedanken. Alles ist längst in der Öffentlichkeit seit den Haager Konferenzen her von allen Seiten, privaten und staatlich verantwortlichen Stellen erörtert worden. Die Idee des Völkerbundes selbst ist schon während der napoleonischen Kriege erörtert worden, zuerst von Kant, ist nach dem Wiener Kongreß sogar in die Wirklichkeit überführt und später von England, als dies seinen Interessen entsprach, vernichtet worden. (Das ganze Schema ist also ein glänzendes Zeugnis für die englische Gedankenarmut und für die Gedankenarmut

der ganzen Welt, die diese Ideen jetzt als angeblich neue anstaunt), aber die Schwierigkeit ihrer Kritik im jetzigen Moment beruht auf den politischen Verhältnissen.

Wenn, wie es scheint, von der Entente und von Herrn Wilson weiter nichts erstrebt wird, als denjenigen Frieden, den sie wünscht, den Frieden, der identisch ist mit Deutschlands Erniedrigung, zu verevigen durch einen Bund der Nationen, bei dem Deutschland als majorisiertes Zwangsglied dauernd in der Zwangserziehung sich befindet, so müssen wir allen diesen Bestrebungen ein entschiedenes und festes Nein entgegensetzen. Dieser ganze Bourgeois-Curzon-Wilsonsche Ideenkreis ist eine Verhöhnung des Prinzips der Gerechtigkeit, die einem freien Bund der Nationen notwendigerweise zugrunde liegen muß. Sie ist ein heuchlerisches, echt britisches Aushängeschild für die englisch-amerikanisch-französischen Vergewaltigungsideen.

Deutschland wird sich nimmermehr auf solche Farce einlassen. Die Worte von der *paix juste, paix du droit und paix de la liberté*, die die französische sozialistische Presse anwendet, um die französischen Annexionsgelüste damit zu verbrämen, sind unwürdig und zu gleicher Zeit dumm. Es lohnt sich nicht, darüber zu sprechen.

Deutschland wird sich auf die Völkerbundidee nur einlassen können, wenn die Grey'sche Formel von dem sittlichen Ernst der Annahme und Ausführung der Idee wirklich allerseits angenommen wird. Solcher sittlicher Ernst fehlt bisher auf beiden der Entente, die den Völkerbund für ihre politischen Zwecke auszunutzen will, vollkommen. Sie verkehrt die sittliche Idee, die zweifellos diesem Völker verbindenden Gedanken innewohnt, in ihr Gegenteil, und macht sie zum politischen Rüstzeug der Entente.

Curzon hat in seiner letzten Rede als Antwort auf den Antrag von Lord Bryce, der im Prinzip die Idee des Völkerbundes billigt und ihn dem Studium der Regierung empfiehlt, ausdrücklich gesagt, es sei richtig, daß die Liga der Nationen nicht auf einer Balance of Power gegründet werden könne, die hoffnungslos erschüttert sei. Sie könne daher nur von einem günstigen Ausgange des Krieges ausgehen. An einer anderen Stelle der Rede heißt es: wenn Deutschland die westlichen Provinzen von Rußland — die es notabene gar nicht hat — behält und Elsaß-Lothringen, wie könnte die Liga diesen Staaten die Möglichkeit versagen, ihre Freiheit wiederzugewinnen?

Die englische Regierung wünscht die Liga also lediglich als Instrument zur Herbeiführung und zum Ausbau eines englisch-französischen Gewaltfriedens. In Verlegenheit gebracht durch die Grey'sche Epistel, die ihr ursprüngliches System erschütterte, erklärt sie jetzt mit süßsaurer Miene ihre allgemeine Billigung der Idee, weist ihre Unausführbarkeit im einzelnen nach und biegt sie um, so daß sie eventuell für die englische Vergewaltigungs- und Annexionspolitik paßt.

Mit dieser Art Stellungnahme fängt die englische Regierung nicht einmal ihre eigenen Leute ein. Der Bischof von Oxford hat, nachdem er die Curzon'sche Rede im Oberhaus gehört hat, sich dahin geäußert, daß er bei Curzon's Worten „eine Kälte ums Herz gefühlt habe“. So fühlen wir es auch. Die Völkerbundidee kann nur wachsen und Aussicht haben, wenn sie ehrlich und mit ganzem Herzen angenommen und ausgeführt wird. Das was Curzon und Bourgeois treiben, ist schlimmer als Lippendienst, es erinnert an den Götzendienst der alt-römischen Aguren, die ihre Kunst nur übten, um mit der Dummheit des Volkes, das im Glauben an ihre Lügen gehalten wurde, ihre Beutel zu füllen. Neuter hat wohlweislich der Welt die Curzon'sche Rede verschwiegen, um sie über die wahren englischen Ideen im ungewissen zu halten; sie sollten von der deutschen Presse und vom deutschen Funkdienst der Welt laut verkündet werden, um den wahren Charakter der von England und Amerika jetzt propagierten Idee zu zeigen.

Aber nähmen wir einmal an, es kommt der Moment, wo die englische und französische Regierung durch die Macht der Tatsachen gezwungen sein werden,

ihre Anneziionsgelüste aufzugeben und genau wie die liberale Partei in England ihre Hoffnung nicht mehr auf die Vernichtung der Stellung Deutschlands in der Welt, sondern in der Erhaltung des Weltfriedens durch einen Völkerbund zu suchen, so fragt es sich weiter: können wir dann auf die Völkerbundidee in der Form eingehen, wie sie von Grey gedacht ist?

Ich glaube, daß wir mehrere große Vorbehalte machen müssen. Deutschland kann zunächst solange auf die Einsetzung einer internationalen Schiedsgerichtsinstanz nicht eingehen, als nicht Garantien dafür gegeben sind, daß diese Schiedsinstanz vollkommen unparteiisch ist. Solche Garantie würde nicht vorliegen, wenn die Koalition, die jetzt gegen Deutschland steht und die den größten Teil der politisch in Betracht kommenden Völker der Welt umfaßt, für immer verewigt wird, wie das England und Frankreich wünscht. Wir werden bei einer solchen Eternisierung der Entente niemals in der Lage sein, ein Tribunal in der Welt zu finden, das gerecht und unvoreingenommen in einem Streite urteilt, in dem wir gegen ein Mitglied der Entente oder gegen einen Neutralen begriffen sind. Selbst bei den Neutralen, von denen wir zum Teil mit unserem Nachrichtendienst so gut wie abgeschnitten sind, hat die englisch-amerikanisch-französische Vergiftung so gewirkt, daß wir noch jetzt das grundlose Abspringen einzelner von ihnen auf die Seite unserer Feinde erleben. Wo sollen wir, wenn der Versuch gemacht wird, die ganze Welt auf die Dauer politisch feindlich vereint gegen uns zu erhalten, einen internationalen Staatsgerichtshof finden, der Verständnis für unsere Gesichtspunkte und Gerechtigkeitsgefühl besitzt? Wir würden uns unser eigenes Grab graben, wenn wir unter solchen Bedingungen darauf eingehen würden, auch unsere Ehrenfragen und die politisch vitalen Interessen unserer Nation einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das zum größten Teil aus unseren politischen Feinden besteht.

Und geht nicht die Absicht der Entente darauf, diesen Zustand zu erzwingen? Weist nicht auf diese Absicht der Plan von Bourgeois und die Äußerung von Curzon? Weisen nicht auf ihn die Kommentare der englischen und französischen Zeitungen?

Wir müssen also warten, bis uns Grey deutlich macht, wie er die Unparteilichkeit eines internationalen Gerichtshofes, bei dem uns siebenhundert Millionen der Erdbewohner umfassende Staaten gegenüberstehen, garantieren wird. Oder mutet uns Grey zu, auch in aller Zukunft einer solchen Konferenz gegenüberzutreten, wie er sie für den österreichisch-serbischen Streitfall vorschlug, über den neben uns England, Frankreich und Italien entscheiden sollten, wo also von vornherein drei Viertel der Teilnehmer auf seiten unserer Feinde standen?

Wir erwarten die näheren Aufklärungen.

Und dann ein zweiter Vorbehalt! In keiner einzigen der Reden, die sich mit der Völkerbundidee beschäftigt haben, ist von der Pariser Konferenz und ihren Beschlüssen gesprochen worden. Nirgends hat man angedeutet, daß man diejenigen Maßregeln wieder rückgängig machen oder auf diejenigen Pläne verzichten will, die auf die wirtschaftliche Knebelung Deutschlands auch nach dem Kriege hinauslaufen. Im Gegenteil, wenn wir jetzt die Liste derjenigen englischen Gesetze ansehen, die in der Richtung der Pariser Konferenz gehen, und die Boykotte und Ähnliches zum Gegenstand haben, so erkennt man ein zielbewußtes, ganz unter dem Einfluß der heutewitternden englischen Industrie- und Handelskapitäne stehendes Streben, das Wiedererstarben des deutschen Handels ein für allemal unmöglich zu machen. Diese Gesetze sind keineswegs Kriegsgesetze, sondern sie sind schon jetzt, wie z. B. die berühmte Non-Ferrous-Metals-Act, durch welche Metallproduzenten, Händler und Bearbeiter einer genauen Lizenz- und Inspektionspflicht unterworfen sind, die also Deutschland vom Metallhandel und von der Metallproduktion ausschließen will, auf lange Zeit nach dem Kriege (fünf Jahre) in Gültigkeit gesetzt. Der Rapport des Balfour of Burleigh-Committees macht aber jetzt den Vorschlag, wenigstens zeitweise den Handel mit feindlichen Ländern zu diskriminieren. — Also die ökonomische Boykottbewegung gegen Deutschland

geht kräftig weiter und soll noch fürderhin ausgebaut werden. *) Die „Times“ macht sich lustig über Dernburgs Ausführungen im „Berliner Tageblatt“ über den „Völkerbund zur Versorgung der an Rohstoff leidenden Menschheit“ und erblickt in ihm den besten Beweis für den Schrecken, mit dem die Deutschen die Möglichkeit einer wirklich wirtschaftlichen Einigung ihrer Feinde ansehen. Ist es nicht ein lächerliches Beginnen, in einem solchen Moment von einer Liga der Nationen, von einem Völkerbund zu reden, wo derartige Bewegungen im Gange sind, die das Gegenteil der einem Völkerbunde zugrunde liegenden Bedenken zum Ausdruck bringen?

Cecil's letzte Äußerungen sind lediglich dazu bestimmt, um die Aufmerksamkeit der Welt von den englischen Boykottplänen abzulenken und die öffentliche Meinung wieder einmal zu verfälschen.

Die ökonomische Boykottbewegung gegen Deutschland zeigt, daß es den Engländern gar nicht ernst ist mit ihrer Völkerbundidee, daß sie nur die moralische Reklametrommel damit in Bewegung setzen und im übrigen ihre politischen und ökonomischen Boykottbestrebungen weiter fortsetzen wollen. Ja, ein besonderer Kunstgriff der Ententepropaganda hat gerade in letzter Zeit darin bestanden, den Begriff des Völkerbundes in der Diskussion so zu verdrehen, daß die bedenklichsten und für den Frieden gefährlichsten Gedanken eines Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte darin Platz fanden. Das ist eine natürliche Folge der anderen Fälschung, mittels deren der Vielverbund sogar amtlich versucht hat, sich selbst zum „Bund der freien Völker“ zu proklamieren (siehe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. Juni 1918, Nr. 286). Von diesem Standpunkt aus nimmt man dann die liberalen Theoretiker beim Wort, die wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen für das wertvollste Vollstreckungsmittel eines künftigen Völkerbundes erklärt haben, und scheut sich nicht, dem jetzigen Aushungerungskrieg das Mäntelchen dieser föderativen Polizeigewalt umzuhängen (vergl. Spender in „Westminster Gazette“ vom 7. Juni 1918). Man rechnet darauf, daß die Befürworter des Völkerbundes nicht bemerken werden, wie die ganze Theorie der „Weltpolizei“ ja erst auf der Voraussetzung der vorgängigen Verständigung und Einigung zwischen allen Mitgliedern des Völkerbundes beruht. Wirtschaftlich wie politisch wird kein Staat in eine Rechtsordnung gezwungen werden dürfen, an deren Satzungen er keinen Anteil gehabt hat. Für uns ergibt sich daraus folgende Lehre:

Ehe nicht der politische und ökonomische Boykott Deutschlands aufgegeben wird, eher kann die Idee des Völkerbundes nicht als ernsthafte Idee angesehen werden.

Werden, was leider nicht abzusehen ist, uns in politischer und ökonomischer Hinsicht die nötigen Garantien gegeben, so kann Deutschland auf die Idee eines Völkerbundes, selbst mit extremen Anwendungen, soweit sie überhaupt durchführbar sind, Erleichterung der Rüstungen usw., genau ebensogut eingehen wie seine Feinde.

In demselben Moment, wo z. B. England seine Seerüstung unter im übrigen gleichen politischen Vorbedingungen aufgibt, wollen auch wir unsere Landrüstung aufgeben. Rüstet Rußland und Frankreich nicht mehr zu Lande, so brauchen auch wir dies nicht mehr zu tun. Unsere Rüstungen waren immer rein defensiv. Jedes Kind erkennt, daß wir die schwierigste militärische Position auf der Welt haben, auf drei Seiten von Feinden oder, wie Belgiens Beispiel zeigt, von unzuverlässigen Neutralen umgeben. Und trotzdem haben wir in der Vergangenheit weniger Geld für Rüstungszwecke aufgewandt als die Entente.

Die deutschen Staatsmänner haben wiederholt erklärt, daß sie der Völkerbundidee günstig gegenüberstehen. Ich verweise auf die deutsche Antwort auf die Pappinote, auf die Bedingungen, unter denen Graf Hertling seine Kanzlerschaft übernommen hat, auf seine mehrfachen Erklärungen. Czernins und Burians Äußerungen gehen im gleichen Sinne. Deutschland also ist bereit, aber schon jetzt ist es nicht Deutschland, das die Idee des Völkerbundes, ehe sie geboren ist, zum

*) Vergl. „Nation“ vom 22. Juni 1918.

Scheitern bringt, sondern England selbst. Lord Curzon hat gegen zwei Hauptpunkte der Völkerverbundidee schon jetzt Verwahrung eingelegt: gegen die Abrüstungs-idee und gegen die Idee der politischen Schiedssprechung und Exekutive.

Curzon sagt zur Abrüstungsfrage folgendes: „In solch einem Falle müßte der Völkerverbund die Macht haben, zu inspizieren und zu kontrollieren und das würde die vollkommene Kontrolle der Produktionsquellen der verschiedenen in Betracht kommenden Länder bedeuten“. Curzon hat davor Angst. England bringt also die Abrüstungs-idee selbst zu Falle, trotzdem der ganzen Welt gegenüber stets erklärt worden ist, daß Deutschland das schwarze Schaf sei, welches diese Abrüstung hindere und zwar nur, weil Deutschland ehrlicherweise auf die technischen Schwierigkeiten der Ausführung hingewiesen hat. Wie berechtigt Deutschlands Bedenken gegen die Loyalität der von der Entente in dieser Beziehung stets betriebenen Politik gewesen sind, ergibt sich zur Evidenz aus den jetzt allmählich ans Tageslicht kommenden Enthüllungen über die Vorgeschichte der ersten Haager Friedenskonferenz. Der englische Publizist Dillon nennt das russische Vorgehen bei dieser Konferenz ignoble sham*). Er schildert anschaulich, wie die Idee der Konferenz entstanden ist, um Österreich davon abzuhalten, eine verbesserte Kanone einzuführen, wie die Russen gar nicht an Abrüstung dachten, sondern die große internationale Idee nur benutzten, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Witte hatte diesen Vorschlag gemacht und er war von Murawiew mit der nötigen diplomatischen Phraseologie umkleidet worden. „Witte erkannte (in dem Murawiew'schen Vorschlag) die Frucht seiner Anregung und lachte über die humanitäre Einkleidung, die so für Europatkins einfache Ideen gefunden war, denn er wußte, daß das ganze Schema ein Stück Heuchelei und Arglist war“. (Dillon a. a. O. S. 277). Soll die Menschheit von neuem einer solchen Arglist zum Opfer fallen? Dillon schildert in seinem Buche, wie Kaiser Wilhelms Ideen im Anfang seiner Regierung darauf hinausgingen, Europa zu einigen, wie auch Witte erkannt hatte, daß diese Idee richtig sei, daß, wenn nicht Europa eines Tages seine Streitigkeiten begrub und sich zusammenschloß, es morgen, wie Witte sagte, „auf Gnade und Ungnade Amerika und übermorgen Japan ausgeliefert sei“. Hochinteressant ist noch heute das Gespräch zwischen dem deutschen Herrscher und dem russischen Minister aus Anlaß dieser Idee, das Dillon in seinem Buche wiedergibt.

„Ich würde ganz Europa zu einem Staate machen“, sagte Witte.

„Ganz Europa“? fragte der Kaiser.

„Ich meine das kontinentale Europa. England muß ausgelassen werden. England kann nicht ein Mitglied der Föderation werden, solange es eine nur maritime Macht ist. Seine geographische Position trennt es heute von kontinentalen Staaten. . . . Heute ist England nicht europäisch. Die See trennt es und verteidigt es gegen den Kontinent“.

„Darin, entgegnete der Kaiser, sind Sie und ich nicht länger mehr einig. England ist genau ebenso europäisch wie jeder andere kontinentale Staat und hat das Recht, sich sogar mehr europäisch zu dünken als manche andere Staaten. Es muß auf irgendeine Weise dazu gebracht werden, sich anzuschließen. Sein Beitritt ist eine Notwendigkeit. Die vereinigten Staaten von Europa mit einem ausgelassenen England können nicht verwirklicht werden“.

Dies Gespräch zeigt klar, wie der Kaiser im Interesse des allgemeinen Friedens der Welt eine Einigung ganz Europas mit England erstrebte. Aber England durchkreuzte diese Pläne und arbeitete mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit an einer Einigung Europas gegen Deutschland. Als der Kaiser dies erkannt hatte, hat er noch einmal mit dem Vertrage von Björkö versucht, mit dem russischen Zaren zusammen — diesmal ohne England — den Versuch einer Einigung Europas im Interesse des Friedens zu machen. Doch sein Versuch blieb vergeblich. Hätte der Vertrag von Björkö Bestand gehabt, so wäre es nicht zu diesem Kriege gekommen. —

*) Dillon, „The Eclipse of Russia“. S. 274. 341 ff.

Auch in neuester Zeit sind also alle Ansätze einer wirklichen Völkerbundspolitik Europas von England entzweigemacht worden. Selbst von unseren Feinden wird jetzt anerkannt, daß Deutschlands Politik eine großzügige Friedenspolitik gewesen ist. — Die englische offizielle Politik ändert sich nicht. Sie hat die Welt in Waffen gegen Deutschland geeinigt und sie denkt vorläufig nicht daran, diese Waffen niederzulegen oder sich selbst zu beschränken um humanitärer Ideen willen, oder um, wie Grey dies möchte, die Zivilisation der Menschheit zu retten. Die Zivilisation der Menschheit ist England ebenso gleichgültig, wie damals vor der ersten Haager Konferenz Rußland die Idee der Abrüstung gleichgültig gewesen ist. Ein Europa, in gegenseitigem Blutvergießen zerfleischt, ist Englands Ideal. Dabei blüht sein politischer Weizen, und wenn es jetzt England zuwege bringt, daß ein enger militärisch-politischer Zusammenschluß Groß-Britanniens und seiner Kolonien auf der einen Seite und Amerikas auf der anderen Seite stattfindet, Frankreich — für immer verflucht — dauernd als Vorspann für den englischen Wagen dient, so hat es auch noch die Hoffnung, übermorgen eine Koalition gegen Japan zustande zu bringen, wenn das nötig werden sollte.*)

England duldet es aber — und das unterscheidet seine kluge Politik von der der übrigen europäischen Staaten, — daß solche humanitären Ideen, wie sie von Grey jetzt vorgebracht werden, ad maiorem gloriam Britanniae und als moralische Offensive erörtert werden, und liebt es, wenn es selbst dabei als Förderer dieser menschheitsrettenden Ideen und als Beglückter der Menschheit erscheint.

Also mag es nochmals konstatiert werden, daß England selbst der Abrüstungs-idee, wie Lord Curzon dies ausdrücklich gesagt hat, zweifelnd gegenübersteht, daß diese Idee aber mit großer Wärme von einem verantwortlichen Staatsmann der Mittelmächte, nämlich von Graf Czernin, öffentlich erörtert worden ist. (Lord Grey ist nicht verantwortlich. Das unterscheidet seine Anregungen von den Czerninschen, die die Entente ohne weiteres zu den Akten gelegt hat).

Und nun zur Schiedsgerichtsbarkeit und internationalen Exekution, der anderen großen Idee des Völkerbundes. Ein internationaler Staatengerichtshof, bestimmt über die Streitigkeiten der Völker zu entscheiden, und eine internationale Exekution, für den Fall, daß ohne solchen Schiedspruch zum Schwerte gegriffen wird, das ist das alte Ideal, das jetzt wieder von neuem zur Diskussion gestellt wird.

Wir haben vorherhin darauf hingewiesen, daß Deutschland der Völkerbund- und damit der Schiedsgerichtsidee sympathisch gegenübersteht; Deutschland muß nur den Nachweis verlangen, daß diese Idee so zur praktischen Ausführung kommt, daß nicht von vornherein jede Schiedsprechung gegen uns ausfallen muß. Solcher Nachweis ist bisher nicht erbracht. Wenn jetzt die Curzon und Bourgeois die Entente für ewige Zeit zusammenschließen, so wird damit auch der Schiedsgerichtsidee für lange Zeit der Boden entzogen.

Deutschland war diejenige Macht, die bereit war, einen wirklichen internationalen Gerichtshof, den Preisengerichtshof, einzusetzen; für Deutschland ist der Gedanke der Aufgabe eines Teiles seiner Souveränität dabei nicht schrecklich gewesen. Unsere jetzigen Feinde haben diesen Gedanken zunichte gemacht, weil sie ihre Willkür nicht aufgeben wollten. Das Sprichwort „Right or wrong, my country“, ist nicht umsonst ein englisches Sprichwort. Für Deutschland hat auch die Schiedsgerichtsbarkeit nichts Schreckliches, wenn ihre Unparteilichkeit verbürgt ist. Unsere Staatsideale sind keine räuberischen. Wir wollen nur behalten, was wir haben, wir wollen nur unsere Freiheit und Existenz gegen den Angriff einer uns vielfach überlegenen Mächtekoalition unserer Feinde wahren und im übrigen uns friedlich und schieblich entwickeln. Wir haben Mächte zu Nachbarn, die Teile unseres Landes von uns begehren, wie dies die bis jetzt noch nicht aufgehobenen Geheimverträge der Entente beweisen. Wir haben also alle Ursache, mißtrauisch

*) Vgl. die Ausführungen von Salzmann in der „Vossischen Zeitung“ vom 14. Juli 1918.

den Weltbeglückungsideen unserer Feinde gegenüberzustehen, die uns das auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit entreißen möchten, was sie uns mit dem Schwerte zu entreißen nicht vermocht haben.

Wo hört die Schiedsgerichtsbarkeit auf und wo fängt sie an? Soll eine politische Schiedsgerichtsbarkeit sich auch in die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten einmischen, wenn es einem Staate gefällt, seine Augen auf einen Teil des Gebietes seines Nachbarn zu werfen? Wird die Schiedsgerichtsbarkeit nicht dadurch zur Farce? Soll heute ein von unseren Feinden oder auch nur von Neutralen zusammengesetztes Schiedsgericht über die elsass-lothringische oder über die tschechische und südslawische Frage entscheiden? Das sind die ehrlichen und aufrichtigen Bedenken, die Deutschland gegen eine Überspannung der Schiedsgerichtsbarkeit haben muß.

Die Haltung der verantwortlichen Staatsmänner unserer Feinde zeigt uns, daß ihnen auch die Schiedsgerichtsbarkeit nicht ernst ist. Bourgeois betont, daß er keinen Eingriff in die Souveränität der einzelnen Staaten durch die Schiedsgerichtsbarkeit wünsche. Curzon lehnt die Schiedsgerichtsbarkeit ab, wie sie von Grey formuliert sind, ab. Dabei ist er außerordentlich naiv und offen in seiner Begründung.

Die Einrichtung eines Schiedsgerichts, so sagt er, setzt eine gewisse Gerechtigkeit und Stabilität der Verhältnisse voraus. Diese existiert aber nicht, solange Deutschland Elsaß-Lothringen hat (morgen werden es unsere Kolonien sein, übermorgen unsere innere Einheit). „Wie wollen die Befürworter des Völkerbundes für territoriale Ausdehnung in der Zukunft und für „Rearrangements“ Vorsehung treffen?“

Curzon befürchtet also, daß auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit die Eroberungstendenzen der Entente nicht ganz verwirklicht werden können. Wie schwach müssen die Rechtsgründe der Entente sein, wenn solche Furcht sogar bei der gegenwärtigen politischen Konstellation besteht, wo es doch wahrscheinlich so gut wie unmöglich sein würde, unparteiische Schiedsrichter für die Zentralmächte zu finden!

Also, meint Curzon, nicht zu hurtig mit Gueren Ideen. „Man darf nicht zu schnell vorgehen und in diesem Stadium ein Zwangssystem (hard and fast system) zu erreichen suchen, das nur zum Scheitern verurteilt ist. Scheitere man aber jetzt, so zerstöre man nicht nur die Chancen für das Schema, das man konstruieren wolle, sondern man könne die Bewegung für Generationen zurückwerfen.“

Die Regierung werde die Frage aufs ernsteste prüfen und es würde ein Ideen-austausch mit den Alliierten stattfinden.

Die Ablehnung und Temporisierung Curzons gilt auch für die Exekutionsideen Greys. „Eine ganze Reihe von diesen ‚Expedients‘ seien ja schon jetzt in der Anwendung begriffen,“ also — den Antrag von Lord Parmoor, ein Tribunal einzurichten, dessen Beschlüsse durch internationale Exekution ergänzbar sein sollen, hat Curzon namens der Regierung abgelehnt — keine Überstürzung sondern sorgfältige Prüfung.

Das ist die Haltung, die das offizielle England diesen so reklamehaft der Welt verkündeten Ideen gegenüber einnimmt.

V.

Deutschland hat keinerlei Grund, eine ehrliche und aufrichtige Diskussion der Weltfriedens- und Völkerbundsideen zu scheuen, es könnte auch eine Kritik unklarer Formulierungen oder dilettantischer Vorschläge auf diesem Gebiete nur begrüßen, denn praktische Fortschritte können hier nicht nur durch einfache Aufstellung von schwer zu verwirklichenden Postulaten, sondern nur durch wirklich sachgemäße Arbeit gemacht werden. Aber Deutschland kann kein Vertrauen haben zu einem Vorgehen, wie es Hand in Hand mit einer absolut friedensfeindlichen Politik von der Entente jetzt beliebt ist.

Man kann nicht im einzelnen Anwendungsfalle gegen den Frieden und im Prinzip für den Frieden tätig sein. Das ist eine *contradictio in adjecto*. Wer ernsthaft für Völkerbunds-ideen, Schiedsgericht und ähnliches eintritt, der sollte vor allem in der praktischen Politik zeigen, daß er für den Frieden eintritt. Aber selbst der Arbeiterführer Barnes macht hier einen Unterschied, der für die englische Politik charakteristisch ist.

Zimmerhin, wir müssen uns lebhafter mit diesen Ideen, auch offiziell beschäftigen, als es bisher der Fall war.

Die jüngste Rede des Staatssekretärs Solf, die Kundgebung des Prinzen Max von Baden haben einen guten Anfang gemacht. Sie zeigen, daß die deutschen Staatsmänner den Schiedsgerichts- und Völkerbunds-ideen politisch diejenige große Aufmerksamkeit schenken, die sie nicht nur verdienen, weil sie gegenwärtig ein unlauteres Kampfmittel in der Hand unserer Feinde sind, sondern weil sie tatsächlich einen Kern enthalten, der eine veredelte Menschheit aus den schlimmen Zuständen der jetzigen Zeit zu besseren dereinst mit zu führen bestimmt sein kann.



Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



Der gemütvollere italienische Ochsentreiber führt einen langen Stock, an dem vorn ein spitzer Stachel befestigt ist. Mit diesem Stachel piekt er seine braven Ochsen, um sie zu schnellerer Gangart zu bewegen. Wie den armen italienischen Ochsen, so ist es in der letzten Zeit unseren Staatsmännern ergangen. Sie wurden von den Zeitungen mit dem Stachelstock energischer Zeitartikel gepiekt, auf daß sie einen feurig-rednerischen Offenstang annehmen. Ich möchte um alles in der Welt unsere Staatsmänner nicht mit den italienischen Ochsen vergleichen, aber es ist nicht zu leugnen, daß beide das Gemeinsame haben, daß sie gepiekt wurden und werden, und daß sie nicht umhin können, ob gern oder ungern, darauf zu reagieren. Es besteht aber auch ein Unterschied zwischen unseren Staatsmännern und den italienischen Ochsen, zugunsten der letzteren. Diese werden nur gepiekt, wenn sie nicht schnell genug gehen. Jene aber mögen sich so flott in der Redeoffensive vorwärts bewegen, wie sie wollen, sie werden weiter gepiekt. Redet der Staatsmann verständigungspolitisch, so piekt ihn Reventlow, redet er alldeutsche Töne, so wird ihn Theodor Wolff pieken und der kleine Bernhard wird, wenn er wieder artikelschreibenderweise unter uns weilt, jeden Redner pieken, der nicht redet, wie Ulsteins Viebling schreibt. Kurz, unsere Staatsmänner müssen jetzt von der Piese auf dienen. Aber es muß sein, die englisch-amerikanisch-französische Kriegsmode des immerwährenden rednerischen Getöses muß in Deutschland eingeführt werden. Es ist, wie bei den Damen. Wenn eine nicht die jeweils neueste Schneiderschöpfung trägt, glauben die Leute, sie habe keinen Geschmack, oder ihr Mann sei pleite. Also unsere Staatsmänner müssen vergessen, daß sie in der abgeklärten, atembild-durchzogenen, bürokratischen Atmosphäre aufgewachsen sind und müssen hinaus ins feindliche Leben, müssen sich vom Ausland beschimpfen und in der Heimat pieken lassen und müssen zeigen, daß sie, worauf auch sonst immer, jedenfalls nicht auf den Mund gefallen sind. Auf einen Lloyd George müssen anderthalbe gesetzt werden, et à Clemenceau, Clemenceau et demi!

Ja, ja, das verwünschte Umlernen! Es war einmal ein braver alter Kanzleibeamter, der hatte fünfundzwanzig Jahre lang an den Seitenschluß seiner Aktenbogen geschrieben: „W. S. g. u.“ (Wenden Sie gefälligst um). Da kam die Verfügung, künftig solle um der Arbeits-, Tinten- und Papierersparnis willen nur